

Beigeordnete Pfeiffer
begrüßte
Friedensradler

Beigeordnete Anja Pfeiffer hat in Vertretung des Oberbürgermeisters die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Pacemakers-Radmarathon in Kaiserslautern begrüßt. Der Marathon erinnert an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki und wurde bereits zum 18. Mal durchgeführt.

In diesem Jahr radelten über 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erstmals wieder seit Pandemiebeginn die gewohnte Gesamtstrecke des Radmarathons von rund 340 Kilometern, beginnend in Bretten, und von dort über Neckargemünd, Mannheim, Kaiserslautern nach Ramstein und dann über Landau zurück nach Bretten. Damit protestieren die Pacemakers – „Schrittmacher für eine friedliche und gerechte Welt“ – gegen die Aufrüstungs- und Modernisierungspläne von Atomwaffen in aller Welt. Der Friedens-Marathon steht auch unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Klaus Weichel, der zugleich auch „Mayor for Peace“ ist.

„Von einer atomwaffenfreien Welt sind wir 2022, man muss es leider so festhalten, vermutlich weiter entfernt als je zuvor in den letzten 30 Jahren“, so die Beigeordnete in ihrer Begrüßung an der Stiftskirche. „Es ist eine Zeit, in der wir alle die Situation neu bewerten müssen. An Abrüstung zu glauben, fällt schwer.“ Umso wichtiger und eindrucksvoller sei es aber, wenn Leute sich genau dafür einsetzen. „Danke an Sie alle für das Engagement und die sportliche Leistung. Danke auch an alle, die Sie dabei unterstützen“, so die Beigeordnete. „Es ist eine Ehre für unsere Stadt, dass der Friedens-Marathon hier Station macht.“

Pfeiffer erinnerte in ihrer Rede auch an den vor wenigen Monaten bei einem Radunfall verstorbenen Friedenspfarrer Detlev Besier, der als der Antreiber der Friedensbewegung in der Region galt und den Radmarathon bis dato alljährlich unterstützte.

Weitere Informationen:

Weitere Informationen finden Interessierte auch unter www.pace-makers.de.

Pfaff: Finanzierung der Boden- und Grundwassersanierung wird vereinfacht

Künftig müssen keine Einzelnachweise mehr erbracht werden



FOTO: PS

Um sowohl die Umweltbelastung zu sanieren, als auch das Gelände langfristig zu revitalisieren, übernahm die Stadt im Jahr 2015 die Verantwortung für das ehemalige Pfaff-Gelände und dessen städtebauliche Entwicklung. Das Land Rheinland-Pfalz sagte im Gegenzug zu, 90 Prozent der erforderlichen Betriebskosten in Höhe von insgesamt bis zu 7,515 Mio. Euro bis zum Jahr 2045 zu übernehmen.

Nach den Erfahrungen in der Praxis der vergangenen Jahre haben sich Stadt und die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd mit Begleitung durch das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität darauf verständigt, das Verfahren der Zuwendungen des Landes zugunsten

der Stadt zu konkretisieren und zu vereinfachen. Zukünftig erhält die Stadt Zuwendungen für gebotene Sanierungsmaßnahmen bis zu einer festgelegten jährlichen Höhe, ohne dass jeweils ein Nachweisverfahren für die einzelne Baumaßnahme erforderlich wäre. Zudem wird die Stadt ein Konzept zur Grundwassersanierung vorlegen.

Der verfolgte Vertragszweck, die Sanierung der bestehenden Boden- sowie Grundwasserverunreinigungen, bleibt weiterhin sichergestellt. „Nach mehr als 100-jährigem Betrieb des traditionsreichen Nähmaschinenherstellers Pfaff blieb nach mehrmaligem Eigentümerwechsel und Insolvenzen 2009 schließlich eine Industriebrache und Altlast im Herzen von

Kaiserslautern zurück, deren Boden und Grundwasser mit gesundheits- und umweltschädlichen Schadstoffen belastet ist. Es bestand akuter Handlungsbedarf, auch jetzt ist die Sanierung noch nicht abgeschlossen. Es ist wichtig, dass diese schnell weitergeht“, erklärt Prof. Hannes Kopf, Präsident der SGD-Süd.

„Die beträchtlichen Fördermittel des Bundes und des Landes sollen in Kaiserslautern weiter gut angelegt werden können“, so Klimaschutzstaatssekretär Michael Hauer. „Wir haben uns in Rheinland-Pfalz, das Ziel gesetzt, einen Netto-Null Flächenverbrauch bis 2050 zu erreichen. Dazu ist Flächenentsiegelung und die Nutzung vorhandener Flächen für neue Zwecke essentiell. Das schützt das

Klima und kann durch städtebauliche Entwicklungen attraktive Wohn- und Gewerbeflächen schaffen“, so der Klimaschutzstaatssekretär weiter. Dazu gehöre auch, dass Investoren nicht vor unnötige bürokratische Hürden gestellt werden und eine klimaschonende Flächennutzung schnell bewerkstelligt werden könne.

Oberbürgermeister Klaus Weichel betont: „Es war mir wichtig, die bislang geforderten komplizierten Einzelnachweise zu den Kostenfolgen in ein praxisorientiertes Konzept zu überführen. Bei der Umsetzung unserer städtebaulichen Ziele mit verdichteter urbaner Bebauung, Tiefgaragen und zentralen Infrastruktureinrichtungen wird natürlich auch weiterhin jeder Eingriff in den Untergrund mit Blick auf das Abstomsicherungskonzept bewertet. Die mit der Erschließung des Gebietes fortschreitenden Erkenntnisse werden dabei kontinuierlich bei der Errichtung und dem Betrieb der Grundwassersanierungsmaßnahmen, die noch Jahrzehnte andauern werden, berücksichtigt. Ich bin froh, dass wir uns nun mit dem Land auf diese Vorgehensweise verständigt haben.“



Bürgermeisterin Beate Kimmel vertrat Oberbürgermeister Klaus Weichel bei der Vertragsunterzeichnung in der Pforte des Pfaff-Areals. Links Umweltstaatssekretär Michael Hauer, rechts SGD-Süd-Präsident Hannes Kopf

FOTO: PS

Bürgermeisterin besucht
Donnerstagsmarkt
Intensiver Austausch zu verschiedenen Themen

Vergangene Woche war Bürgermeisterin Beate Kimmel bei ihrem Marktgespräch auf dem Donnerstagsmarkt in der Königstraße unterwegs. Trotz hochsommerlicher Temperaturen kam sie mit vielen Kundinnen und Kunden ins Gespräch. „Dieses Mal wurden vor allem Themen aus der mittelbaren und unmittelbaren Umgebung der Königstraße an mich herangetragen“, fasste Kimmel die Anliegen ihrer Gesprächspartnerinnen und -partner zusammen.

Mehrfach angesprochen wurde die Bürgermeisterin auf die Probleme rund um einen möglichen Betrieb des Nachtclubs BLVCK, der ehemaligen Disco Flash in der Rudolf-Breitscheid-Straße. Kimmel konnte versichern, dass bei der Erteilung einer Gaststättenkonzession die vorgetragenen Bedenken berücksichtigt werden.

Eine Einwohnerin monierte die unfähige Bewässerung des Rasens im Stadtpark. Bei der derzeitigen Wasserknappheit ginge so wertvolles Trinkwasser verloren. „Ich wünsche mir eine Bewirtschaftung unserer städtischen Grünflächen, die mehr auf Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung angelegt ist“, meinte die Bürgerin. Dabei stieß sie auf offene Türen bei der Bürgermeisterin, die dieses Thema ebenfalls beschäftigt. Kimmel wünscht sich beispielsweise, von der personal- und materialinten-

siven Wechselforbepflanzung auf Grünflächen zu mehrjährigen, trockenheitsverträglichen Stauden umzuweichen. Damit könne die Stadt längerfristig Geld sparen und zudem einen Beitrag zur Klimaanpassung leisten.

Wasser, besser gesagt, Trinkwasser stand auch im Mittelpunkt des Interesses einer weiteren Bürgerin, die sich nach den Standorten der Trinkwasserbrunnen im Stadtgebiet erkundigte. Neben dem bereits bekannten Wasserspender in der Fußgängerzone in der Kerststraße/Ecke Fackelstraße hatten die Stadtwerke letzte Woche die Installation von zwei weiteren Wasserspendern im Stadtpark und auf dem Betzenberg in der Nähe des dortigen Stadtteilbüros bekannt gegeben. „Diese Standorte könnte der Seniorenbeirat gerade an ältere Menschen weitergeben, die dort ebenfalls trinken oder ihre Wasserflaschen füllen könnten“, wünschte sich die Marktbesucherin.

Neben den Kontakten mit den Bürgerinnen und Bürgern suchte Beate Kimmel auch das Gespräch mit den Beschickerinnen und Beschickern des Wochenmarktes, von denen aktuell einige in Urlaub sind. Hier wurde insbesondere die leicht rückläufige Kundenfrequenz und Möglichkeiten zur Attraktivitätssteigerung eines Wochenmarktbesuches thematisiert.

Oberbürgermeister Klaus Weichel hat die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) offiziell um Unterstützung gebeten. Er beruft sich dabei auf ein Beratungsangebot, dass die Kommunalaufsichtsbehörde Kommunen in allen Fragen zu den hauswirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten in der haushaltslosen Zeit unterbreitet.

In seinem Schreiben an die ADD weist der OB daraufhin, dass die Handlungsfähigkeit der Stadt im Bereich der Investitions- und Investitionsfördermaßnahmen derzeit faktisch in Gänze eingestellt sei. Laut der Gemeindeordnung kann eine Kommune in der haushaltslosen Zeit mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde Investitionskredite bis zu einem Viertel der in der Haushaltssatzung des Vorjahres festgesetzten

Investitionskredite aufnehmen. Dies habe man jedoch, so Weichel, bereits in voller Höhe in Anspruch genommen. Nachdem die Interimszeit nun schon im achten Monat anhalte, könne die Stadt Kaiserslautern die gesetzlichen Vorgaben der Gemeindeordnung unmöglich einhalten.

Wie der Finanzdezernent ausführt, hat die Stadt einen hohen, derzeit nicht zu deckenden weiteren Bedarf an investiven Auszahlungen, rechtlich aber keine Ermächtigung mehr zur Aufnahme von Investitionskrediten.

OB bittet ADD um
beratende Unterstützung
Stadt hat Limit an Investitionskrediten bereits ausgeschöpft

OB Klaus Weichel

FOTO: PS

Der Bedarf ergibt sich etwa aus den 2021 in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen. Ferner wurden zwar alle Baumaßnahmen faktisch gestoppt, aber alleine die „Wintersicherung“ ist mit erheblichen Auszahlungen verbunden. Man beabsichtige im IV. Quartal 2022 eine genehmigungspflichtige Aufnahme eines Investitionskredites. „Dennoch sehe ich mich in der Pflicht, bereits heute anzuzeigen, dass die tatsächliche Inanspruchnahme über dem gesetzlich geregelten Viertel der in der Haushaltssatzung des Vorjahres festgesetzten Investitionskreditermächti-

gung liegen wird“, so der OB in seinem Schreiben.

„Als Verantwortlicher und Kämmerer für den städtischen Haushalt habe ich sämtliche Investitionsmaßnahmen und Investitionsfördermaßnahmen grundsätzlich bis auf weiteres untersagt“, erklärt das Stadtoberhaupt. Damit verbunden seien, so Weichel weiter, ein nicht unerheblicher wirtschaftlicher Schaden, ein Image- und Vertrauensverlust – beispielsweise bei Lieferanten, Unternehmen, Investoren, Vereinen, freien Trägern – und bereits heute absehbare Preissteigerungen bei nochmaligen Ausschreibungen. „Zwar werden alle Auszahlungen geprüft und die Entscheidungen dokumentiert und kommuniziert, dennoch sehe ich mich im Rahmen meiner Amtsführung täglich und unausweichlich dem disziplinarrechtlichen Verstoß gegen geltendes Haushaltsrecht ausgeliefert. Im Rahmen der schwerwiegenden Folgen für Gesellschaft und Verwaltung und meines möglichen Rechtsverstoßes darf ich an dieser Stelle eindringlich um Beratung und ggf. Unterstützung ersuchen.“

Das Schreiben ging in Kopie auch an den Rechnungshof Rheinland-Pfalz, an den Städtetag Rheinland-Pfalz, an die Staatskanzlei, ans Innenministerium sowie an die Fraktionen des Stadtrats.

50 Jahre Warmfreibad



Anja Pfeiffer, Tobias Wiesemann und Kay Hieber mit der Geburtstagsorte

FOTO: PS

Eine große Feier stand vergangenen Samstag im Warmfreibad an. Anlässlich des alljährlich vom Förderverein des Bades organisierten „Tag des Sports“ wurde das 50. Jubiläum des Freibades gefeiert. Für dieses Fest spendete der Verein auch eine Torte.

Den Geburtstagskuchen verteilte Beigeordnete Anja Pfeiffer gemeinsam mit Tobias Wiesemann, Vorsitzender des Fördervereins, sowie Badleiter Kay Hieber an die Badegäste. Weitere tolle Aktionen fanden den gesamten Tag über im Bad statt. Beim Fun - Jump - Festival, den Familienstaffeln, dem Volleyball- und dem Fußballturnier wurden vom Verein Jahreskarten für die Saison 2023 verlost und gewonnen. Daneben erfreuten Wassergymnastik, Freieis, eine Hüpfburg und eine Clownin die Gäste.

Schwimmbäder
bleiben offen

Die beiden Kaiserslauterer Freibäder, das Warmfreibad und die Waschmühle, werden beide wie vorgesehen bis 18. September geöffnet bleiben. Eine vorzeitige Schließung, wie sie am Montag in der Presse thematisiert wurde, ist nicht vorgesehen. Wie OB Klaus Weichel mitteilt, habe man im Rahmen der aktuellen Haushaltssituation im Zuge der Mittelfreibägen auch eine vorzeitige Schließung der Bäder verwaltungsintern hinsichtlich ihres Einsparpotenzials geprüft. Durch eine saubere Abwägung sei man jedoch zu dem Schluss gekommen, dass dieses sehr gering sei. So sei ein Großteil der für die Aufrechterhaltung des Badebetriebs anfallenden Ausgaben bereits getätigt. Demgegenüber stehen Einnahmeverluste durch die entgangenen Eintrittsgelder. Eine vorzeitige Schließung stehe daher schon nicht mehr zur Debatte.

Wohngeldstelle nur
zeitweise erreichbar

Aufgrund der derzeitigen Überlastungssituation in der Wohngeldstelle sind die Mitarbeiterinnen bis auf weiteres telefonisch nur in der Zeit von Montag bis Freitag zwischen 8:00 und 10:00 Uhr zu erreichen.

Weitere Informationen:

Informationen und Kontaktdaten rund ums Thema Wohngeld finden alle Interessierte im Serviceportal der städtischen Homepage www.kaiserslautern.de/serviceportal/dl/032250/index.html

IMPRESSUM AMTSBLATT

Herausgeber: Stadt Kaiserslautern
Redaktion Pressestelle: Matthias Thomas (V.i.S.d.P.), Sandra Janik-Sawetzki, Charlotte Lisador, Nadin Robarge, Anika Sedlmeier, Sandra Zehnle, Tel. 0631 365-2206, E-Mail: amtsblatt@kaiserslautern.de
Die Beiträge der Fraktionen und Gruppierungen des Gemeinderates stehen rechtlich in deren eigener Verantwortung.
Verlag: SÜWE Vertriebs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH & Co. KG
Redaktion Amtsblatt Kaiserslautern: Laura Braunbach, Tel. 0621 5902-776, E-Mail: amtsblatt-kaiserslautern@suewe.de
Druck: Druck- und Versanddienstleistungen Südwest GmbH, 67071 Ludwigshafen
Verteilung: PVG Ludwigshafen, E-Mail: zustellrekamation@suewe.de oder Tel. 0621 572 498-40
Das AMTSBLATT KAISERSLAUTERN erscheint wöchentlich freitags außer an Feiertagen. Das AMTSBLATT KAISERSLAUTERN wird kostenlos an alle erreichbaren Haushalte in Kaiserslautern verteilt. Sofern eine Zustellung des Amtsblattes aufgrund von unvorhersehbaren Störungen nicht erfolgt sein sollte, kann das jeweils aktuelle Amtsblatt im Rathaus abgeholt werden.

AMTLICHER TEIL

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Stellenausschreibung

Bekanntmachung

Die UNIVERSITÄTSSTADT KAISERSLAUTERN sucht für ihr **Referat Finanzen, Abteilung Forderungsmanagement und Vollstreckung**, zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine **Abteilungsleitung (m/w/d)** in Vollzeit.

Die Stellenbesetzung erfolgt unbefristet.

Die Bezahlung richtet sich im Beamtenbereich nach der Besoldungsgruppe A 12 LBesG und im Beschäftigtenbereich nach der Entgeltgruppe 11 TVöD.

Den kompletten Ausschreibungstext (**Ausschreibungskennziffer: 109.22.20.051**) erhalten Sie bis zum Bewerbungsschluss im Internet unter **www.kaiserslautern.de/karriere**.

Bitte bewerben Sie sich ausschließlich online über unser Bewerbungsmanagementsystem. Den entsprechenden Zugang dazu finden Sie ebenfalls unter dem oben genannten Link.

Dr. Klaus Weichel
Oberbürgermeister

Stellenausschreibung

Bekanntmachung

Die UNIVERSITÄTSSTADT KAISERSLAUTERN sucht für ihr **Referat Stadtentwicklung - Abteilung Stadtplanung** - zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine **Stadtplanerin bzw. einen Stadtplaner (m/w/d)** in Vollzeit.

Die Stellenbesetzung erfolgt unbefristet.

Die Bezahlung richtet sich für Beschäftigte nach der Entgeltgruppe 10 TVöD.

Den kompletten Ausschreibungstext (**Ausschreibungskennziffer: 107.22.61.103**) erhalten Sie bis zum Bewerbungsschluss im Internet unter **www.kaiserslautern.de/karriere**.

Bitte bewerben Sie sich ausschließlich online über unser Bewerbungsmanagementsystem. Den entsprechenden Zugang dazu finden Sie ebenfalls unter dem oben genannten Link.

i.V. Beate Kimmel
Bürgermeisterin

Stellenausschreibung

Bekanntmachung

Die UNIVERSITÄTSSTADT KAISERSLAUTERN sucht für ihr **Referat Finanzen, Abteilung Haushalt**, zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine **Sachbearbeiterin bzw. einen Sachbearbeiter (m/w/d)** in Vollzeit.

Die Stellenbesetzung erfolgt unbefristet.

Die Bezahlung richtet sich im Beamtenbereich nach der Besoldungsgruppe A 11 LBesG und im Beschäftigtenbereich nach der Entgeltgruppe 10 TVöD.

Den kompletten Ausschreibungstext (**Ausschreibungskennziffer: 108.22.20.030**) erhalten Sie bis zum Bewerbungsschluss im Internet unter **www.kaiserslautern.de/karriere**.

Bitte bewerben Sie sich ausschließlich online über unser Bewerbungsmanagementsystem. Den entsprechenden Zugang dazu finden Sie ebenfalls unter dem oben genannten Link.

Dr. Klaus Weichel
Oberbürgermeister

Bekanntmachung

Berufsbildende Schule I Technik
Schulzentrum Nord
Kaiserslautern

Aufnahme in die Berufsschule:

Die Aufnahme der Auszubildenden mit industriellen, handwerklichen oder sonstigen gewerblichen Ausbildungsberufen sowie der Schüler, die zum Besuch der Berufsbildenden Schule verpflichtet sind, erfolgt am

Montag, 05. September 2022

08:00 Uhr für alle Ausbildungsberufe der Berufsschule

im Gebäude der Berufsbildenden Schule I Technik, Schulzentrum Nord, Kaiserberg-

ring 29, 67657 Kaiserslautern, Telefon: 0631/3727-0.

Die **Aufnahme in die Vollzeitbildungsgänge** erfolgt ebenfalls am

Montag, 05. September 2022,

Berufsfachschule II	10:00 Uhr
Berufsoberschule I und II	10:00 Uhr
Technisches Gymnasium	10:00 Uhr
Höhere Berufsfachschule für Informationstechnik und Mechatronik	10:00 Uhr
Berufsfachschule I	10:00 Uhr
Berufsvorbereitungsjahr	individuelle Terminvergabe
Fachschule für Lebensmittel- und Holztechnik	10:00 Uhr

Mittwoch, 07. September 2022

Duale Berufsoberschule	18:00 Uhr
------------------------	-----------

Kaiserslautern, 30.04.2022
Die Schulleitung

Gez. Frank Simbgen

Oberstudiendirektor
Schulleiter

Bekanntmachung

STADTVERWALTUNG KAISERSLAUTERN
- Umlegungsausschuss -

für die Vereinfachte Umlegung Nr. 140 „Deutschherrnstraße“, Gemarkung Hohenecken

Der Beschluss über die Vereinfachte Umlegung Nr. 140 „Deutschherrnstraße“ ist am 08.08.2022 unanfechtbar geworden.

Mit dieser Bekanntmachung wird gemäß § 83 Abs. 2 BauGB (Baugesetzbuch in der jeweils geltenden Fassung) der bisherige Rechtszustand durch den in dem Beschluss über die Vereinfachte Umlegung Nr. 140 „Deutschherrnstraße“ vorgesehenen neuen Rechtszustand ersetzt.

Die Bekanntmachung schließt die Einweisung der neuen Eigentümer in den Besitz der zugeteilten Grundstücke ein. Mit dieser Bekanntmachung werden alle Geldleistungen fällig und sind zu den vereinbarten Terminen zahlbar. Die Berichtigung des Grundbuches und des Liegenschaftskatasters wird bei den zuständigen Behörden veranlasst.

Kaiserslautern, 09.08.2022
Der Vorsitzende

(L.S.)

Rouven Reymann, Obervermessungsrat

Bekanntmachung

Stadtverwaltung Kaiserslautern
Öffentliche Ausschreibung

Die Verkehrswegebauarbeiten „Deckenbauprogramm Siegelbach Paket 1“ wird öffentlich ausgeschrieben.

Ausschreibungs-Nr.: 2022/08-381

Ausführungsfristen
Beginn der Ausführung: 17.10.2022
Fertigstellung oder Dauer der Leistungen: 18.11.2022

Zentrale Vergabestelle – Telefon: 0631 365-2481 / vergabestelle@kaiserslautern.de

Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen
Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt. Online-Plattform „Vergabemarktplatz rlp.vergabekommunal.de“ (https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXU7YYDYD9W/documents)

Öffnung der Angebote: 09.09.2022 um 10:00 Uhr
in 67657 Kaiserslautern, Rathaus Nord, Bau Erdgeschoss, Zimmer A016
Zuschlagsfrist für die Ausschreibung endet am 07.10.2022

Nähere Informationen erhalten Sie unter
„www.kaiserslautern.de“ – Rathaus/Bürger/Politik - Ausschreibungen im Internet

Kaiserslautern, den 15.08.2022
gez.
Peter Kiefer
Beigeordneter

Bekanntmachung

Stadtbildpflege Kaiserslautern
Öffentliche Ausschreibung

Die Lieferung von Warnschutzbekleidung EN 20471 für die Stadtbildpflege Kaiserslautern, Eigenbetrieb der Stadt Kaiserslautern wird öffentlich ausgeschrieben.

Ausschreibungs-Nr.: 2022/07-358

Ausführungsfristen
Lieferung im Zeitraum von 3 Jahren, Dauer (ab Auftragsvergabe) 36 Monate

Zentrale Vergabestelle – Telefon: 0631 3652481 / vergabestelle@kaiserslautern.de

Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen
Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt unter: https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXU7YYDYD9D/documents

Öffnung der Angebote: 09.09.2022, 10:00 Uhr
in 67657 Kaiserslautern, Rathaus Nord, Bau Erdgeschoss, Zimmer A016
Zuschlagsfrist für die Ausschreibung endet am 07.10.2022

Nähere Informationen erhalten Sie unter
„www.kaiserslautern.de“ – Rathaus/Bürger/Politik - Ausschreibungen im Internet

Kaiserslautern, den 11.08.2022
gez.
Andrea Buchloh-Adler
Werkleiterin

Bekanntmachung

Am **Montag, 22.08.2022, 15:00 Uhr** findet im **großen Ratssaal (1. OG) des Rathauses, Willy-Brandt-Platz 1, Kaiserslautern** eine Sitzung der **Ferienkommission** statt.

Tagessordnung:

Öffentlicher Teil

- Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- Vorstellung des Projekts „Ageing Smart - Räume intelligent gestalten“
- Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Ergebnishaushalt 2022 gem. § 99 Abs. 1 Nr. 1 GemO analog den Bestimmungen des § 100 Abs. 1 GemO, Referat Recht und Ordnung
- Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Ergebnishaushalt 2022 gem. § 99 Abs. 1 Nr. 1 GemO analog den Bestimmungen des § 100 Abs. 1 GemO für Referat Feuerwehr und Katastrophenschutz
- Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Ergebnishaushalt 2022 gem. § 99 Abs. 1 Nr. 1 GemO analog den Bestimmungen des § 100 Abs. 1 GemO, Referat Gebäudewirtschaft
- Städtebaulicher Vertrag zur Durchführung der Erschließungsmaßnahmen zum Bebauungsplanentwurf „Turmstraße (ehemalige Gärtnerei)“
- Mitteilungen
- Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- Anmietung von Wohnraum für ukrainische Flüchtlinge, Pariser Str. 4-6 (ehem. Hotel Zepp)
- Veräußerung eines Erbbaugrundstückes
- Auftragsvergabe-Schulzentrum Nord Schulgebäude, KI 3.2 Nr.24 Haupteingangstüren Metallbauarbeiten
- 6. Personalangelegenheiten
- Bauanträge, Bauvoranfragen
- Mitteilung über Bauerlaubnisse
- Mitteilungen
- Anfragen

gez. Dr. Klaus Weichel
Oberbürgermeister

NICHTAMTLICHER TEIL

WEITERE MELDUNGEN

Kriminalstatistik richtig bewerten

Regionale Besonderheiten müssen berücksichtigt werden – Kimmel regt Alkoholverbot an

Derzeit sorgt die Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes für das Jahr 2021 für einige Diskussion in der Bevölkerung. Laut dieser liegt die Stadt Kaiserslautern mit 10.476 Kriminalitätsfällen auf dem achten Platz im bundesweiten Ranking der Städte mit der höchsten Kriminalität. „Dies wollen wir so nicht stehen lassen, da bei der Auswertung unsere regionalen Besonderheiten nicht berücksichtigt wurden“, so Bürgermeisterin Beate Kimmel. Deshalb sei es ihr und der Ordnungsbehörde wichtig, die getroffenen Aussagen aus lokaler Sicht zu bewerten. Unabhängig von allen Statistiken läge ihr aber jeder Einzelfall

am Herzen, denn jeder erlebte Übergriff belaste auf Dauer und nehme Zuversicht, unterstreicht Kimmel. Deshalb arbeite sie mit Nachdruck an einem Sicherheits- und Sauberkeitskonzept. Die Ergebnisse einer hierfür in Auftrag gegebenen Sicherheitsstudie sollen im Herbst der Initiative Sicheres Kaiserslautern (Sika) und der Öffentlichkeit vorgestellt werden. In der Statistik des Bundeskriminalamtes wurden die Kriminalitätsdelikte in Bezug zur Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner gesetzt. Daraus wurde eine Reihenfolge gebildet, die nun gerade in Kaiserslautern verschiedentlich für Verunsicherung sorgt. So liegt

in Kaiserslautern die Zahl der tatsächlichen Einwohnerinnen und Einwohner auf Grund der im Stadtgebiet wohnenden und stationierten US- und NATO-Streitkräfte und ihrer Angehörigen, die nicht im Einwohnermelderegister erfasst sind, deutlich höher als die Anzahl, die sich aus dem Einwohnermelderegister ergibt und der BKA-Statistik zugrunde gelegt wurde. „Hätte man bei der statistischen Auswertung also die Gesamtzahl aller hier lebenden Menschen berücksichtigt, hätte das zu einer geringeren Häufigkeitsziffer der Delikte und damit einer anderen Platzierung in der Statistik geführt“, führt die Bürgermeisterin aus. Eine zu-

sätzliche Rolle spiele außerdem, dass Kaiserslautern mit seiner Altstadt, den Clubs und Diskotheken ein zentraler Anziehungspunkt für das ländlich geprägte Umland ist. „Dadurch kommen eine erhebliche Anzahl Besucherinnen und Besucher in die Stadt, die hier unter Umständen ebenfalls polizeilich auffällig werden, statistisch aber ebenfalls nicht erfasst sind.“ Dies sei nach den Worten der Bürgermeisterin aber kein Grund, sich in falscher Sicherheit zu wiegen, zumal auch nicht jeder Fall zur Anzeige gebracht und in die Statistik aufgenommen wird. „Unabhängig von einem guten oder schlechten Abschneiden bei

einem Städteranking arbeite ich mit höchster Priorität an den Rahmenbedingungen für ein ausgeprägtes Sicherheitsgefühl“, betont sie. „Uns allen sollte bewusst sein, dass wir mit dem eigenen Verhalten einen wichtigen Beitrag für ein gutes soziales Miteinander leisten können.“ In vielen Gesprächen erfahre sie von zunehmender Rücksichtslosigkeit, die sich rasch ins Unangemessene steigern kann. „Wenn dann noch Alkohol im Spiel ist, brechen schnell die Dämme und verbale bis tätliche Auseinandersetzungen sind häufig die Folge.“ Sollte sich der Stadtrat noch intensiver mit den Themen der öffentlichen

Sicherheit und Ordnung befassen wollen, regt Kimmel eine Diskussion über ein Alkoholverbot im öffentlichen Raum an. Dieses gebe es in manchen Teilen der Innenstadt bereits und werde, wie beispielsweise an der Mall, von der städtischen Ordnungsbehörde überwacht. Dort kann der Alkoholkonsum im konkreten Fall unterbunden und bei Bedarf ein Platzverweis ausgesprochen werden. Um bußgeldbewährte Alkoholverbote im öffentlichen Raum verhängen zu können, müsse allerdings von Seiten der Politik der Wunsch nach Anpassung oder Schaffung neuer gesetzlicher Regelungen an das Land herangetragen werden.

FRAKTIONSBEITRÄGE

SiKa hat auf ganzer Linie versagt

Kaiserslautern ist so unsicher, wie die Bürger es empfinden

Fraktion im Stadtrat
FDP

Laut Kriminalstatistik des BKA ist Kaiserslautern unter den Top Ten der kriminellsten Großstädte Deutschlands. Das ist eine Katastrophe.

Bürgermeisterin, Beate Kimmel, beschwichtigt seit Jahren und redet das Problem klein. Die Initiative „Si-Ka“ (Sicheres Kaiserslautern) gaukelt vor, dass die Stadtspitze sich aktiv für mehr Sicherheit und Prävention engagiert. Die jetzt veröffentlichte Statistik des BKA belegt das Gegenteil.

Neben der Sicherheit gibt es noch weitere Problemfelder in Kaiserslautern. Auch bei Ordnung und Sauberkeit sieht es düster aus. Die versprochene Flanier-Meile an der Mall hat sich zu einem sozialen Brennpunkt entwickelt und es gibt Bereiche in der Innenstadt wo sich nachts Bürger nicht mehr hin trauen. Die Vermüllung der Innenstadt hat Ausmaße angenommen, dass es ekelhaft ist.

Vor einem Jahr wurde aufgrund eines Antrages der FDP ein Arbeitskreis gegründet, der sich mit den schlimmen Zuständen in Kaiserslautern befassen und Lösungsmöglichkeiten erarbeiten sollte. Dieser Arbeitskreis hat vergangenen Herbst ein einziges Mal getagt. Im Juni dieses Jahres wurde ein Nachtspaziergang durch die Verwaltung organisiert. Zur Begründung warum die Verwaltung den Arbeitskreis mehr oder weniger



FOTO: AREK SOCHA/PIXABAY

hat einschlafen lassen werden Corona und die Ukraine Krise angeführt. Man könne sich nicht um alles kümmern.

Der Ruf Kaiserslauterns verschlechtert sich zusehends. Kaiserslautern ist seit langem eine der ärmsten Städte Deutschlands und jetzt auch eine der kriminellsten. Wie will

Kaiserslautern noch interessant für Touristen und Investoren sein, wenn die Stadtspitze nicht mit Nachdruck an den Grundproblemen arbeitet, fragt sich die Fraktionsvorsitzende, Brigitta Röthig-Wentz.

Die FDP fordert die sofortige Wiederbelebung des Arbeitskreises S-O-S (Sicherheit-Ordnung-Sauberkeit).

Klarstellung zu Sportfördermitteln

Der wahre Grund warum Vereine auf ihr Geld warten müssen

Fraktion im Stadtrat
CDU

Oberbürgermeister Weichel (SPD) hat die Auszahlung der Sportfördermittel an die Sportvereine in unserer Stadt gestoppt. Als Begründung führte er an, dass sich die Stadt in der haushaltslosen Zeit befände, da der Stadtrat in seiner Sitzung am 18. Juli beschlossen hat, Widerspruch gegen die Haushaltsverfügung der Kommunalaufsicht ADD zum Doppelhaushalt 2022/2023 einzulegen.

Hierzu stellen wir klar: Diese Begründung ist sachlich falsch. Richtig ist, dass die ADD den städtischen Haushalt nicht genehmigt hat, obwohl er zum ersten Mal seit 1992 ausgeglichen ist und die Stadt sogar in erheblichem Ausmaß Liquiditätskredite abbaut.

Hintergrund ist eine umstrittene Weisung von Innenminister Roger Lewentz (SPD) an die ADD, verschuldeten Kommunen nur noch dann den Haushalt zu genehmigen, wenn sie Steuererhöhungen beschließen. Die SPD hat gegen den Widerspruch bzw. die Klage gestimmt, obwohl sie ganz genau weiß, dass der Rat dann zwangsläufig die Grundsteuer kräftig erhöhen müssen. Und obwohl die SPD sich bewusst ist, dass auch wenn der Rat keinen Widerspruch gegen die Haushaltsverfügung der ADD eingelegt hätte, der Haushalt, ohne eine verbindliche Erklärung des

Stadtrats zu einer weiteren drastischen Erhöhung insbesondere der Grundsteuer, trotzdem nicht durch die ADD genehmigt worden wäre. Es wäre lediglich die Haushaltsverfügung rechtskräftig geworden. Dann hätten wir den gleichen Status wie jetzt auch, also eine haushaltsfreie Zeit. Ein wiederholt fragwürdiges Verhalten von Weichel und der SPD.

Wir versichern Ihnen, dass wir zur Auszahlung der Sportfördermittel und wichtiger Investitionen alle (rechtlichen und politischen) Hebel in Bewegung setzen werden, um die haushaltsfreie Zeit schnellstmöglich zu beenden. Die CDU-Fraktion wehrt sich massiv gegen die Auflagen zur Haushaltsgenehmigung und den damit einhergehenden Handlungsstillstand. Die Stadt ist seit Jahrzehnten hochverschuldet. Dennoch wurden bislang defizitäre Haushalte von der Kommunalaufsicht geduldet und genehmigt. Nicht zuletzt fußt die kommunale Hauptschuldenlast auf einer inadäquaten Finanzierung übertragener Pflichtaufgaben durch die Landesregierung.

Seit einigen Jahren unternimmt Kaiserslautern mit großem Erfolg und unter Einhaltung größte Sparanstrengungen Verbesserungen beim Haushalt. So ist es erstmals seit 2019 gelungen, einen signifikanten Schuldenabbau zu leisten. Im Jahr 2021 konnte die Schuldenlast trotz Corona-Krise sogar um über 50 Millionen Euro reduziert werden. Und erneut sah der Haushalt vor, dass über 50 Millionen



FOTO: CDU

Euro Schulden getilgt werden. Trotzdem findet die Behörde von Minister Lewentz (SPD) stets neue Hebel um uns zu Steuererhöhungen zu zwingen. Dass nun, mitten in der Energiepreiskrise dieser Haushalt durch die ADD weiterhin nicht genehmigt wird, ist fatal und wahrscheinlich rechtswidrig. Das Land zwingt die Städte mit einer solchen Strategie in die Knie! In den momentan harten Zeiten voller Krisen zwingt uns die SPD-geführte Landesregierung, die Grundsteuer drastisch zu erhöhen, obwohl die Grundsteuer -ebenso wie die Vergnügungssteuer, die Hundesteuer und die Parkgebühren- erst im letzten Jahr massiv erhöht wurden. Wir sehen es als unsere Pflicht, uns hiergegen zu Wehr zu setzen!

Weitere Informationen:

Weitere Informationen unter www.cdu-kaiserslautern.de

Unnötiges Geldausgeben trotz Überschuldung

Fraktion im Stadtrat
AFD

Eigentlich sollte die Stadt auf Neustart setzen und endlich anfangen, konsequent Schulden abzubauen. Doch das Gegenteil ist der Fall: mit der Entscheidung, bei Gericht eine einstweilige Anordnung zu beantragen, wird die Stadtkasse um weitere 50.000 Euro und mehr erleichtert. Dafür hat AfD-Sprecher Dirk Bisanz kein Verständnis: „Der beauftragte Rechtsanwalt wird sich freuen, die Menschen in Kaiserslautern haben das Nachsehen. Ihr Geld wird buch-

stäblich zum Fenster hinausgeworfen. Hinzu kommen Kosten für Sonderleistungen des Rates und Mehrarbeit für die Verwaltung“.

Dabei gibt es für eine gerichtliche Prüfung handfeste Gründe. Für eine neutrale unpolitische Entscheidung ist es höchste Zeit. Zumal auch die ADD sich bisher nicht immer an Recht und Gesetz gehalten haben soll. Es ist ärgerlich, dass in der Interimszeit sich Projekte verzögern.

Letztlich ist dies aber Folge einer jahrelangen blauäugigen Haushaltspolitik, der -so hofft die AfD-Fraktion- durch ein Klageverfahren ein Riegel vorgeschoben wird.

Die Verantwortlichen im Rat sollten

endlich verinnerlichen, dass sie mit öffentlichen Geldern gewissenhaft umzugehen haben, so als ob es ihr eigenes wäre. Auch die bereits angekündigte Tatsache, dass mit einer Teilentschuldung quasi zwanghaft weitere Steuererhöhungen für die Menschen in Kaiserslautern verbunden seien, gilt es unbedingt zu vermeiden.

Jahrelang wurde die Stadt trotz aller Sparwänge durch übertriebene Haushaltswünsche der Fraktionen in die offenliegende Überschuldung getrieben.

Weiteres Geld über eilig erwirkte Anordnungen hinterherzuwerfen halten wir für kontraproduktiv.

WEITERE MELDUNGEN

Wichtiges Zeichen für Frieden gesetzt

Workcamp endet im Gedenken an Kriegsoffer



FOTO: PS

Mit einer öffentlichen Gedenkveranstaltung ging letzte Woche das Internationale Workcamp des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. in Kaiserslautern offiziell zu Ende. Zehn Tage lang hatten sich fünfzehn Jugendliche aus Italien, Ungarn, Rumänien, Polen und Deutschland mit Kriegs- und Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts auseinandergesetzt. Im Mittelpunkt standen dabei die Pflege der Kriegsgräber auf dem Ehrenfriedhof des Hauptfriedhofs Kaiserslautern sowie der Besuch der Gedenkstätten in Neustadt und Verdun. Darüber hinaus kam bei einem

bunten Begleitprogramm auch der Spaß beim gegenseitigen Kennenlernen nicht zu kurz.

Im Namen des Stadtvorstandes und der Stadt Kaiserslautern dankte Gerhard Protting, Direktor des für den Hauptfriedhof zuständigen Referats Grünflächen, den Jugendlichen für ihren Einsatz. Dieser verdiene seinen allergrößten Respekt: „Trotz der großen Hitze von bis zu 35 Grad habt ihr die schweißtreibenden Arbeiten an den Ehrengräbern mit größter Sorgfalt ausgeführt.“ Mit dem Engagement und der Teilnahme am Workcamp sei jede und jeder Einzel-

ne zu einer ganz persönlichen Botschafterin oder einem Botschafter für den Frieden geworden. Weitere Worte der Anerkennung sprachen Clemens Körner, Bezirksvorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge Rheinhesen-Pfalz, und Thomas Linnertz, Präsident der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier.

Anschließend fassten Helen Specht aus Deutschland sowie Joelle Attianese, Italien, die Gedanken der Jugendlichen zu Krieg und Frieden, über das Gelernte der letzten Tage und die Verantwortung aller Menschen für ein friedvolles Miteinander zusammen. Danach lasen die Teilnehmenden in ihrer eigenen Landessprache ihre ganz persönliche Friedensbotschaft vor. Den Abschluss bildeten das gemeinsame Gedenken vor dem Kranz am Mahnmal auf dem Ehrenfriedhof und der Besuch der Gräber, auf denen die Anwesenden in kleinen Gruppen Blumen niederlegten.

Wenn die Schule beginnt: Kinderschutzpass

Sparkasse Kaiserslautern unterstützt Verkehrssicherheit



Hartmut Rohden (stellv. Vorstandsvorsitzender Sparkasse Kaiserslautern), Anja Pfeiffer (Beigeordnete Stadt Kaiserslautern), Thomas Schmitt (Referat Schulen Kreis Kaiserslautern), Gudrun Heß-Schmidt (Erste Kreisbeigeordnete Landkreis Kaiserslautern) (von links nach rechts)

FOTO: SPARKASSE KAISERSLAUTERN

Schulanfänger sind auch neue Verkehrsteilnehmer, weiß man in den Schulverwaltungen von Stadt und Landkreis Kaiserslautern - und in der Sparkasse Kaiserslautern. Seit über 30 Jahren gibt die Sparkasse deshalb den Kinderschutzpass heraus und verteilt ihn kostenlos an die Erstklässler.

Gerade mal so groß und genauso handlich wie eine Scheckkarte ist der Kinderschutzpass. Dieser kleine Ausweis soll in einem Notfall schnelle Hilfe für das Kind gewährleisten und Helfern wichtige Daten liefern, damit Eltern oder Schule schnell benachrichtigt werden können. Mit dem Zusammengehen der ehemals städtischen Sparkasse mit der früheren Kreissparkasse wurde im letzten Jahr der Kinderschutzpass auch im Landkreis eingeführt.

Den noch ungewohnten Schulweg alleine und selbstständig meistern zu lernen, wird erfahrungsgemäß einige Zeit dauern. Umso wichtiger sei es,

ein Sicherheitsgefühl zu vermitteln, was mit dem Kinderschutzpass gelingen kann, sagte Hartmut Rohden, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Kaiserslautern. Die Sorge um Kinder sei eine wertvolle und wichtige Aufgabe für die Gesellschaft insgesamt, bekräftigte Rohden.

Erste Kreisbeigeordnete und Schuldezernentin des Landkreises, Gudrun Heß-Schmidt, berichtete von ersten Erfahrungen im Landkreis. Man sei „hellauf begeistert“, der Pass sei ein wichtiger Baustein für die Verkehrssicherheit. Es dauere etwa zwei bis drei Monate bis die Erstklässler mit Stresssituationen des Schulweges zurechtkämen. Vielfach habe man Nachfragen nach dem Pass von Schulen und Eltern erfahren, berichtete Heß-Schmidt.

Anja Pfeiffer, Beigeordnete Schulen und Soziales der Stadt Kaiserslautern, unterstrich die Bedeutung dieser Initiative, die seit vielen Jahren von den

Bürgern in der Stadt sehr gut angenommen werde. Sie dankte der Sparkasse, der Kinderschutzpass sei „eine tolle Sache“ und trage zur Verkehrssicherheit der Jüngsten bei. Sie verwies dabei auch auf die Einrichtungen der Verkehrserziehung, wie die Jugendverkehrsschule, die seit Jahren Kinder trainiert.

Die Sparkasse Kaiserslautern schenkt jedem der geschätzt bis zu 2.500 Erstklässler in Stadt und Landkreis einen dieser Kinderschutzpässe. „Wir freuen uns, dass wir mit diesem Pass mithelfen können, den Schulweg ein klein wenig sicherer zu machen“, sagte Bianka Haaß vom Marketing der Sparkasse Kaiserslautern. Die Übergabe der Kinderschutzpässe ist für die ersten Wochen im neuen Schuljahr geplant und wird von den Verkehrsfachberaterinnen Julia Coressel und Carola Wassmann organisiert. Der Kinderschutzpass passt in jedes Schulmappchen und in jeden Geldbeutel.